



Bericht aus Berlin

6 / 2013

Viel Freude bei der Lektüre meines Berichts aus Berlin wünscht Ihnen

Ihr

Peter Götz

Aus dem Bundestag

Zypern: Einigung erreicht

In der Nacht zum Montag konnten sich die Regierung Zyperns und ihre Geldgeber in letzter Sekunde auf einen neuen Plan verständigen. Insbesondere Gläubiger und Kunden der beiden größten Banken sollen nun zur Sanierung des Landes und seiner Geldinstitute beitragen - nicht jedoch die Sparer mit Einlagen von bis zu 100.000 Euro. Ein erstes Rettungspaket war wegen der umstrittenen Sonderabgabe auf Bankeinlagen in der vergangenen Woche vom Parlament in Zypern abgelehnt worden. Zypern hatte zuvor einen neuen Rettungsplan vorgelegt, den CDU und CSU mit großer Skepsis sahen. Den als Plan B bezeichneten Vorschlag der Regierung in Nikosia, über die Rentenkasse an frisches Geld zu kommen, nannte der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Kauder, nicht zielführend. Gleichzeitig bekräftigte die Union ihren Willen zur Unterstützung der Inselrepublik, wenn diese auch einen Eigenbeitrag leistet. Für Zypern gelten dieselben Prinzipien wie für alle Euro-Krisenländer, die Hilfe beim Euro-Rettungsschirm beantragen, betonte Bundeskanzlerin Angela Merkel: Leistung gegen Gegenleistung. Die Euro-Gruppe ist bereit, dem notleidenden Zypern mit zehn Milliarden Euro unter die Arme zu greifen, wenn es selbst 5,8 Milliarden Euro Kapital aufbringt. Die Hilfssumme kann nicht höher ausfallen, weil die Schuldenlast des Mittelmeerlandes sonst zu sehr ansteigen würde und es auf absehbare Zeit keinen Zugang mehr zu den Finanzmärkten bekäme. Zunächst hatte Zypern mit Billigung der Euro-Gruppe vorgeschlagen, seinen Eigenbeitrag über eine Zwangsabgabe für Sparer zu finanzieren. Dieser Vorschlag scheiterte im Parlament, nachdem es einen Aufschrei im Land gegeben hatte, weil auch Guthaben ab dem ersten Euro belastet werden sollten. Plan B sah keine Beteiligung der Anleger mehr vor. Stattdessen sollten ein Solidaritätsfonds gegründet werden, der mit dem Kapital von Kirche, Rentenkassen und

anderen Einrichtungen gefüllt werden sollte. Dafür wollte die Regierung Staatsanleihen ausgeben. Für CDU und CSU leuchtete nicht ein, dass man Anleger schone, dafür aber die Renten verpfände. Auch in der Euro-Gruppe wurde dieser Vorschlag skeptisch aufgenommen. Mit dem Plan würde sich die Verschuldung des Landes erhöhen und die Schuldentragfähigkeit verringern. Es werden erneut die kleinen Leute zur Kasse gebeten, während Besitzer großer Vermögen verschont werden. In der Unionsfraktion wurde jedoch immer auch betont, dass man Zypern helfen wolle. Keiner gehe leichtfertig an das Problem heran, versicherte Bundeskanzlerin Merkel. Es könne aber nicht sein, dass Zypern die Grenzen auslote, bis zu der die Troika aus EU-Kommission, Europäischer Zentralbank (EZB) und Internationalem Währungsfonds (IWF) zu geben bereit sei. Die Union forderte neben der finanziellen Eigenleistung von Zypern eine Restrukturierung des überdimensionierten Bankensektors, der die Ursache der Schuldenkrise darstellt. Zwei zyprische Großbanken halten sich nur noch mit Notkrediten der EZB über Wasser. Mit der aktuellen Einigung sind die Weichen für das Zypern-Hilfspaket gestellt, die Regierung Zyperns verhandelt nun mit der Troika aus EU, Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfonds über die weitere Umsetzung. Dabei geht es um die Frage, wie genau Zypern das zehn Milliarden Euro schwere Paket an Hilfgeldern gegenfinanziert. Die zyprische Regierung will ebenfalls so schnell wie möglich die Voraussetzungen für die Wiederöffnung der seit Tagen geschlossenen Banken schaffen. Bundeskanzlerin Merkel zeigte sich zufrieden: "Das gefundene Ergebnis ist richtig, und es nimmt auch die in die Verantwortung, die die Probleme mit verursacht haben".

Vermittlungsausschuss...

Der Vermittlungsausschuss ist ein politisches Verhandlungsgremiums, das zwischen Bundestag und Bundesrat fungiert und nur tätig wird, wenn er vom Bundesrat, Bundestag oder der Bundesregierung angerufen wird. Seine Aufgabe ist es, einen Konsens zwischen Bundestag und Bundesrat zu finden, wenn vom Bundestag beschlossene Gesetze im Bundesrat keine Mehrheit finden. Weichen Beschlüsse des Vermittlungsausschusses von denen des Bundestages ab, ist eine erneute Beschlussfassung im Bundestag erforderlich. Der Vermittlungsausschuss besteht aus jeweils 16 Mitgliedern des Bundesrats und des Bundestags.

Nachrichten

Delegation aus Namibia trifft Peter Götz

Im Rahmen ihres Studien- und Dialogprogramms in Wiesbaden und Berlin, das in Zusammenarbeit mit der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) durchgeführt wird, kamen der Vorsitzende des Interessenverband ARC (Association for Regional Councils in Namibia), seine Stellvertreterin und weitere Mitglieder des ARC zu einem Gedankenaustausch mit dem kommunalpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Peter Götz MdB, in den Deutschen Bundestag. An dem Gespräch nahm auch Holger Haibach als Leiter der KAS in Namibia teil. Themen der Diskussion mit den Kommunalpolitikern waren u.a. die kommunale Selbstverwaltung, Aufgaben des Parlaments und des Bundesrates sowie die Teilhabe von Kommunen und Regionen an staatlichen Beschäftigungsprogrammen.



Kommunalpolitischer Dialog im Deutschen Bundestag



Peter Götz hatte als Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in der vergangenen Sitzungswoche die kommunalpolitischen Sprecher der Bundesländer zu einem Meinungsaustausch zur Lage der Kommunen nach Berlin eingeladen.

Flyer zur Finanzmarktregulierung und zur Energiewende

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat zwei neue Flyer veröffentlicht. Bei dem Flyer „**Neue Regeln für die Banken – Konsequenzen aus der Finanzkrise**“ handelt es sich um eine Neuauflage anlässlich eines Gesetzentwurfes der Koalition, der schärfere Regeln beim Umgang mit Großbanken vorsieht. Der Flyer erläutert, welche Reformen zur Regulierung des Finanzmarktes bereits eingeleitet wurden und was noch zu tun bleibt. Am Ende soll jeder

Teilnehmer und jedes Finanzmarktprodukt einer angemessenen Aufsicht und Regulierung unterworfen sein.

Der Flyer „**Energie für die Zukunft**“ stellt die Positionen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in der Energiepolitik dar. Zukünftig sollen die erneuerbaren Energien einen wesentlichen Teil zur Energieversorgung beitragen. Der Flyer erläutert, wie dabei eine sichere, bezahlbare und umweltfreundliche Energieversorgung gewährleistet werden kann.

Alle Broschüren stehen unter www.cducsu.de/publikationen zum Download bereit



Die AG Kommunalpolitik behandelte in der vergangenen Sitzungswoche das Thema Energiewende und Kommunen. Hierzu berichteten Hans-Joachim Rech, Hauptgeschäftsführer Verband kommunaler Unternehmen und Thomas Bareiß MdB, Vorsitzender der Energiekoordinationsgruppe

Weitere Informationen:
www.goetzpeter.de
www.cducsu.de

Einige interessante Daten und Fakten...

Britisches Magazin sieht Deutschland als europäischen Vorreiter

Warum die Welt die neuen Deutschen braucht“ – unter diesem Motto steht die aktuelle Ausgabe des internationalen Londoner Nachrichten- und Lifestyle-Magazins „Monocle“. In dem Schwerpunktheft mit Themen rund um Deutschland räumt Chefredakteur Andrew Tuck mit negativen Klischees auf. „Die Stereotypen passen nicht mehr, sowohl kulturell als auch wirtschaftlich ist Deutschland die Heimat frischer Ideen und aufregender Entwicklungen“. Weiter schreibt er: „Realität ist, dass Deutschland mit seiner Finanzmacht und seiner klugen Regierungsführung die treibende Kraft Europas ist und mehr Einfluss verdient. Die Deutschen sollten bei der Verbreitung ihrer ökonomischen und kulturellen Vorstellungen nicht so zurückhaltend sein: Wir können heutzutage alle davon profitieren, wenn die Dinge mehr als bisher in deutscher Weise gehandhabt werden“, resümiert der Chefredakteur des global ausgerichteten Magazins. (Quelle: „Monocle“, issue 61, volume 07, March 2013)

Zahl der Minijobber sinkt

Die Zahl der gewerblichen Minijobber ist im Jahr 2012 um 1,2 Prozent auf 6,8 Millionen gesunken. Auch im langjährigen Vergleich ist die Zahl stabil: Gegenüber 2004 ist sie um 0,3 Prozent zurückgegangen. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten dagegen ist in der gleichen Zeit um 11,4 Prozent gestiegen. Damit lasse sich der oft zitierte Verdrängungseffekt von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten durch Minijobs widerlegen, so der Leiter der Minijob-Zentrale Erik Thomsen. (Quelle: Minijob-Zentrale)

Hohe Effizienz des dualen Ausbildungssystems

2011 haben 89,7 Prozent der Auszubildenden in Deutschland ihre Abschlussprüfung zur dualen Ausbildung bestanden. Besonders erfolgreich sind Auszubildende mit höherer schulischer Vorbildung. So lag die Erfolgsquote bei Auszubildenden mit Hochschul- bzw. Fachhochschulreife bei 97,1 Prozent, während sie bei Auszubildenden ohne Hauptschulabschluss bei 78,5 Prozent lag. Die Auszubildenden waren bei Abschluss im Durchschnitt 22 Jahre alt. Allerdings hat sich im Vergleich zum Jahr 2010 der Anteil der Auszubildenden, die bei Ausbildungsabschluss 21 Jahre oder älter sind, von 68,4 Prozent auf 71,1 Prozent erhöht. Die Tendenz zu steigendem Alter der Auszubildenden zeigt sich schon beim Eintritt in die duale Ausbildung: Vor zehn Jahren waren etwa drei Viertel der Auszubildenden (74,7 Prozent) bei Ausbildungsbeginn jünger als 20 Jahre, 2011 nur noch 57,5 Prozent. Dies ist auf eine Tendenz zu höheren allgemeinbildenden Schulabschlüssen und auf eine längere Verweildauer von Jugendlichen im Übergangssystem zurückzuführen. Das Durchschnittsalter der Auszubildenden bei Ausbildungsbeginn lag 2011 bei 19,5 Jahren.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)